Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 22 (1942-1943)

Heft: 8-9

Artikel: Die Schweiz vor der Neuordnung Europas. Teil II

Autor: Sprecher, Jann v.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158973

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz vor der Neuordnung Europas.

Bon Jann v. Sprecher.

II.

Es wäre wohl reichlich vermessen, nun, am Eingange des vierten Kriegs-winters, sagen zu wollen, der innere Sektor des Landes sei ausgeglichen, es sei die einige Front der Parteien ober Gruppen vor ber Neuordnung Europas hergestellt, und mit der erforderlichen inneren Beichlossenheit könne und werde unser Bolk den kommenden schweren Problemen gegenübertreten und sie zu meistern vermögen. Gewiß - in der grundlegenden Richtung, und das ift nach Außen, läßt sich die weitgehend einmütige Entschlossenheit bes ganzen Bolkes feststellen, bas Land burch die lette, wohl nicht allzu lange, für uns jedoch zweifellos schwerste Phase dieses Rrieges erfolgreich burchzureißen, also unsere Unabhängigkeit gegen jede Einbuchtung kompromiflos zu bewahren, jeden Angreifer, wer es auch sei, zurückzuweisen, und, eingedenk unserer im merwährenden Reutralität, allen Zumutungen gegenüber eine burch nichts, aber auch gar nichts zu erschütternde Festigkeit zu beweisen, woher sie auch kommen mögen, und gleichgültig, ob sie im Namen des "Neuen Europa" ober im Ramen ber "3 weiten Front" uns gestellt werben möchten. Und doch — selbst hier, in diesem Bereiche, wo es wirklich um bie Rarbinalfrage geht, muffen in Bezug auf jene Geschloffenheit leider einige Einschränkungen angebracht werden. Berbrechen der jüngeren Beit, vielleicht aber ebenso sehr einige der sie begleitenden Tatsachen und Umstände, beweisen bies.

Was aber nun den spezisisch innerpolitisch en Sektor bestrifft, so läßt er freilich in besonderem Grade selbst das Mindestmaß der ersorderlichen Geschlossenheit vermissen. Nun soll hier gewiß keineswegs einer verschwommenen Einigkeit in Grundsahfragen unseres staatslichen Lebens das Wort geredet werden, die sich ja doch niemals erzielen läßt. Im Grunde ist das auch gut so. Und es kann sich denn also gar nicht darum handeln, natürlich vorhandene Gegensähe verneinen, die Mauern der Parteigehege abtragen zu wollen, um sie dann nur mit Sichersheit an einem anderen Orte sich wieder erheben zu sehen. Nicht dieses kann gemeint sein. Allein etwas anderes sollte sich nun nachgerade in diesen schweren Tagen erreichen lassen: der Berzicht darauf, die Part eis suppe an dem Feuer des Weltbrandes zu wärmen, der Verzicht auf das immer noch und immer erneut seststellbare Bemühen, die Gräben besharrlich wieder aufzureißen, die eben erst in opferreicher Zusammenarbeit im Interesse das Landes zugeschüttet werden konnten, — der Verzicht dars

auf, ben Klassen kampf zu schüren, der, wenn etwas, in diesen sorgenvollen Tagen und Wochen unzeitgemäß ist, und, endlich, der Verzicht darauf, mit der Blickrichtung auf mehr oder weniger konkrete ausländische Entwicklungen das Ackerfeld der Partei, ohne Rücksicht auf die andern Mitbürger, eifrig zu bestellen.

Denn es läßt sich anderseits an Beispielen wohl erweisen, daß eine Busammenarbeit der Parteien, unter der selbstverständlichen Wahrung ihrer grundsätlichen Anschauungsunterschiede, sehr wohl möglich ist, wenn nur alle Beteiligten barauf verzichten, die unter dem Druck der äußeren Umstände gegebene Lage, die zu dem politischen Burgfrieden führte, zu eigenen Gunften ausnuten zu wollen, den anderen Beteiligten also politisch ein Schnippchen zu schlagen, ober gar, fie einzuseifen. Es bestehen politische Arbeitsgemeinschaften, denen auch der fritische Beobachter sichtliche Erfolge ber Zusammenarbeit, bei aller Zurüchaltung, nicht wird bestreiten können - und unter beren Ginflug, weitergebend, eine erfreuliche Glättung und Beruhigung ber Utmofphäre, zum Wohle des Staates, sich erkennbar macht. Allein es ift eben nur ber — unter Kollegen schließlich selbstverständliche — Verzicht darauf, eigene Geschäfte auf dem Rucken der Anderen zu tätigen, also, kurz gesagt: ber Wille, fair zu fein, der eine Zusammenarbeit, über alle natur= lichen Gegenfäte hinweg, überhaupt erft ermöglicht und am Ende ersprießliche Resultate für alle erwarten läßt.

Nun lassen aber mehrsache Beispiele ber jüngeren Zeit vermuten — oder machen es sogar nur zu beutlich —, daß Bestrebungen im Gange sind, bestehende Zusammenarbeit zu erschweren, die durch den Willen des Bolkes vor den äußeren Gesahren erstandene Schicksalsgemein= schaft zu zerreißen und einen Rückfall in jene Partei= politik vorzubereiten, die reichlich oft unsere Jahre des Friedens kenn= zeichnete, deren Wiederauserstehung in dieser Zeit nun freilich das Un= zeitgemäßeste des Unzeitgemäßen bedeuten würde.

Mit leisen Andeutungen fing es an; allein die Tendenz war bald unschwer zu erkennen. Ein Bortrag, der vor kurzem der Mitgliederverssammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich dargeboten wurde, enthüllte in bemerkenswerter Beise die Planung; denn es ging dort um nicht weniger als die Absicht, die Hand des Staates, die heute, unter dem Zwange der Ariegsnotwendigkeiten, vor übergehend in sastallen Bezirken der Wirtschaft führend eingeschaltet ist, mit ihrem ganzen drückenden Gewicht in dieser Funktion auch im Hindlick auf die Nachkriegszeit zu stabilisieren, in rücksichtsloser Ausnützung gegebener Umstände auf dem Rücken des Bürgertums den Staatssozialismus zu etablieren und die freie Wirtschaft ein für allemal auszusschalten, um sie nicht wieder auferstehen zu lassen*):

^{*)} Sperrungen in Zitaten bon uns.

"Die Freizügigkeit des Unternehmers wird unter dem Drucke der Kriegsnot mehr und mehr eingeschränkt, und von Tag zu Tag zeigt sich die Überlegenheit streng gegliederter Plans wirtschaft mehr. Deutlich fällt der Bink des Schicksals und zeigt, was dei sinnvoller Planung aus den erschlossenen Produktivkräften alles herauszuholen ist. Noch dient die Planung dem Kriege. Uber sie wird auch in der Nachkriegszeit nicht mehr verschwinden. Dafür sorgen schon die zahlreichen Nachkriegsprobleme, die nur dei straffer Lenskung der wirtschaftlichen Kräfte gemeistert werden können."

Es soll nun vernünftigerweise nicht bestritten werden, daß die Nachkriegszeit wohl in mehr als einem Bereiche noch der staatlichen Lenkung wird bedürfen muffen, bis die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, die im Gefolge des Krieges ja täglich noch zunehmen, einmal überwunden sein werden. So ist es denn auch keineswegs diese Erkenntnis, gegen die wir uns sträuben; wogegen wir uns freilich mit aller Schärfe wehren, das ist der Versuch, hier aus der Not eine Tugend machen zu wollen, die kriegsbedingte Staatswirtschaft unter den Augen des Bürgers, der sie unter dem Zwange der gegebenen Berhältnisse notgedrungen auf sich nimmt, in ein Definitivum übergehen zu lassen. Nichts anderes wäre dies aber, als Ausnütung bes guten Willens bes Bürgertums, bas entschlossen ift, im Interesse ber Sicherung unserer Unabhängigkeit die schwere Last der Staatswirtschaft für die Dauer der Kriegszeit zu tragen, und — im Sinne des Burgfriedens — ausdrücklich barauf verzichtet, gegen ihre oft benkbar ungunstigen Auswirkungen ohne Not aufzutreten. Man tann taum anders, als ein solches Borgehen zu mindest dem inneren Zusammenhalt nicht förderlich, ja als dem inneren Frieden schädlich zu bezeichnen.

Nun scheint man sich zwar selbst in dem Kreise der ex offico sehr Sachverständigen in der Einschätzung der Kriegswirtschaft als Vorstuse kommender Planwirtschaft nicht ganz einig zu sein. Allein das ändert nichts daran, daß man in der Hauptsache, in der Schlußsolgerung also, völlig zusammenklingt. Wenn also der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in einem beachteten Aussah der Rovembernummer der "Roten Revue" das Pferd auf einer andern Seite auszäumt und erklärt, Kriegswirtschaft sei nichts weniger als sozialistische Planwirtschaft, und "auch wir als Sozialisten müssen solche Kriegswirtschaft als notwendiges übel ansehen", so ist das bittere Ende seiner überlegungen doch auch kein anderes als wir es oben sahen: "Plan der Arbeit" — Planwirtschaft:

"Der bemokratische Volksstaat muß neue Menschenrechte zur konstitutionellen Grundlage seiner Politik machen. Zur Freiheit der Person, des Gewissens, des Glaubens, muß der demokratische Staat seinen Bürsgern die Sicherung der Existenz und den Anteil am Arbeitsertrage gewährsleisten. Das ist möglich, wenn an Stelle der individualistischen Privatwirtschaft die sozial orientierte Gemeinwirtschaft tritt."

Nun sind wir mit herrn Nationalrat Oprecht burchaus ber Meinung, daß in unserem bemokratischen Bolksstaat die Eriftenz bes Bürgers, nicht zulett in der jetigen schweren Kriegszeit — nicht meniger aber auch in der kommenden Rachkriegszeit -, gesichert sein soll. Allein wir möchten dies nun freilich nicht in erster Linie als eine Aufgabe bes Staates betrachtet miffen, und es fann uns in dieser Auffassung nur bestärken und gereicht uns außerdem noch zur besonderen Freude, daß unter anderen gerade auch Leute, die Herrn Dr. Oprecht politisch sicher "nahestehen", und in ihren Ansichten in biesem Bunkt fehr nahekommen. Folgt man freilich ben weiteren Ausführungen des herrn Dr. Oprecht, so ergibt sich eine Tendenz, mit der jedenfalls der Titel jenes Auffates des Parteipräsidenten - "In mitten bes neuen Beltkrieges" - in einem ganz besonderen Sinne in Wiberspruch stehen muß. Denn ber Charakter jener Ausführungen — und im Grunde genommen des ganzen Auffages - läßt eine Einstellung erkennen, die "inmitten des neuen Weltkrieges", und da unser Land sich nun täglich mehr bem Brennpunkt biefes Rrieges zu nähern scheint, zu mindest nur als äußerst bedenklich bezeichnet werden kann. "Inmitten bes neuen Weltkrieges" wird hier, kurz und bündig, wieder völlig unverhüllt die Parole des nacten Rlassenkampfes ausgegeben, als ob es keine schweize= zerische Bolksgemeinschaft zur letten, bitter notwendigen Sicherung der Existenz unseres Landes gabe - daß sie besteht, beweist uns jeder Tag auf's neue -, als ob wir uns im tiefsten Frieden und nicht "inmitten bes neuen Beltkrieges" befänden:

"Das wichtigste und entscheidende Problem der Gegenwart ist das der Löhne und Preise. Bei dessen Behandlung durch die herrschende Klasse tritt der Klassencharakter unserer Bunsdespolitik am schärsten wieder in Erscheinung... Auch in Bezug auf die Finanzpolitik des Bundesrates ist unsere oppositionelle Haltung zu verschärsen. Die einseitige Beslastung der großen Massen des Bolkes durch die Berdoppelung der Umsasseuer muß abgelehnt werden... Bir vertreten den Standspunkt, daß gegen die Klassenpolitik der herrschenden Schichten der Kamps der Spe mit Hilse der gesamten Arbeiterschaft zu verschärfen ist. Es müssen überall Lohnsorderungen gestellt werden. Denn die Berelendung der Arbeiterschaft darf nicht weitere Fortschritte machen, während andere Bolksskreise am Krieg profitieren..."

Das sind sehr bittere Worte, die Herr Oprecht da ausspricht. Er weiß aber, daß Zeit des Arieges noch stets Zeit der Not bedeutete. Gewiß ist die Lebenshaltung des Volkes gesunken: aber ihre Verminderung trifft gar nicht allein die Arbeitersamilie; noch schwerer trifft sie, beispielsweise, den "bürgerlichen" Aleinrentner. Frgende wie trifft sie eben, mit verschwindend kleinen Ausnahmen, die sich — das weiß natürlich auch Herr Oprecht — nie ganz vermeiden lassen, unser

ganzes Bolk. Aber will herr Oprecht nicht einmal feinen gestrengen Blick unseren Nachbarvölkern und den übrigen Völkern des Kontinents zuwenden? Bor bem Bernischen Gewerkschaftskartell hat Berr Nationalrat Bratschi erst Mitte November 1942 noch festgestellt, baß wir in den Jahren 1941/42 nicht die Teuerungswelle hatten, wie beispielsweise 1917; wir hätten eine "etwas bessere Finanzpolitit und etwas bessere Preiskontrolle". Die jezige Art der Rriegsfinangierung, die, im Gegensat jum letten Weltfrieg, sich in erfter Linie ber Steuern, in zweiter ber Unleihen und erft in letter Linie der Notenpresse bediene, sei "von der Arbeiterschaft ju begrugen", auch wenn fie über die Berteilung der Steuerlaften anberer Meinung sei ... Und was nun im besonderen die Lohn probleme anbelangt, so wäre es doch ein allzu billiger — übrigens auch allzu bekannter! - Beg, hiefür einfach ben "Rlaffench arakter unferer Bundespolitit" verantwortlich zu machen. Auch herr Oprecht weiß, daß viele Arbeitgeber — aus Umständen, die ihnen nicht als Verschulden angerechnet werden können — nicht in der Lage sind, ihren Arbeitern den vollen durch die Lohnbegutachtungskommission als angemessen bezeichne= ten Teuerungsausgleich zu gewähren. Allein herr Oprecht weiß auch, daß bies Ausnahmen sind; wie es aber im Allgemeinen bestellt ift, hat boch unlängst gerade diese Kommission, unter dem Borsit des Bewertschafters Prof. Marbach, bargelegt, indem fie fich zu ber Teftstellung veranlaßt sah:

"daß im Allgemeinen bei ben Arbeitgebern die Einstellung zu einer teils weisen Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenskosten eine positive" sei.

An der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells Bürich vom 24. Nov. 1942, an der J. Uhlmann über die gewerkschaftliche Arbeit des Metallarbeiterverbandes, des stärksten Verdandes der Privatarbeiterschaft, reserierte, äußerte er sich unter anderem aussührlich auch über das Abkommen betr. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie vom 1. Juli 1937, dessen Hautinitianten, Generaldirektor Dr. Dübi und Gewerkschaftssührer Nationalrat Konrad Jlg, eben erst durch die Universität Bern durch die Verleihung des Ehrendoktors ausgezeichnet worden sind. Auf der Grundlage dieses Abkommens betrug darnach der Teuerungsausgleich bis Ende
April 1942 22,8 Prozent; bei Berücksichtigung der Kinderzulagen betrug er im Falle von sechs Kindern 38,2 Prozent bei 40 Prozent
Teuerung. Die durch das Abkommen erzielten Verbesserungen kommen
98 Prozent der 99 000 Beschäftigten zugute. Und der Bericht fährt sort:

"Die Haltung des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, wie sie sich in dem Abkommen dokumentiert, ist oft heftig kritisiert worden. Es hieß,

sie erschüttere das Zutrauen zum Berband und werde zu Massenaustritten führen. Die Bewegung der Mitgliederzahlen beweist gerade das Gegenteil... Der Berbandsgeschichte beweist
im übrigen, daß die großen Erfolge nicht durch Streits, die meist nur
dem Aufholen der rückständigen Arbeitsbedingungen in den kleineren Betrieben
dienten, sondern durch Abkommen, hinter denen auf beiden Seiten kraftvolle
Berbände stehen, erzielt wurden. Deshalb stehen die Gewerkschaften auch einer weitgehenden staatlichen Intervention
auf dem Arbeitsmarkt recht kühl gegenüber..."

"Die Löhne dürfen sich durchaus sehen lassen", heißt es an einem anderen Ort des Berichtes; und in einem früheren Bericht des= selben Verbandes wird festgestellt:

"Wir wollen auch hier anerkennen, daß es am Verständnis für die schwierige Lage der Arbeiter beim größten Teil der Arbeitgeberschaft nicht fehlt..."

Nun scheint sich Herr Nationalrat Oprecht, vielleicht, freilich ungewollt, zu seinem eigenen Blück, über die große Bedeutung bes Ein= flusses ber Gewerkschaften keinen Illusionen hinzugeben. Als Voraussehung des Erfolges des von ihm "inmitten des neuen Weltkrieges" proklamierten verschärften politischen Rampfes - "der nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch zu führen ist" — bezeichnet er nämlich die Verständigung mit den Gewerkschaften, beren Bedeutung seit dem letten Weltkrieg stark gewachsen sei und zwar "zahlenmäßig und in sozialer Hinsicht". Leicht resigniert stellt er dann fest, "die Partei muß sich mit dieser Situation abfinden. Denn es muß verhindert werden, daß die Gewerkschaften eigene Wege gehen." Betrachtet man die Gesamtlage bes Landes, das sich, vielleicht rascher als gemeinhin vermutet, in das Bentrum felbst bes Rriegsgeschehens versett sehen wird, so ich einen hier nicht die Gewertschaften, sondern es scheint vielmehr burchaus herr Oprecht "eigene Bege" zu gehen. Er ist nämlich anscheinend auf dem Wege, sich herrn Nationalrat Schneiber beizugesellen, der unlängst die oberfte Sprosse der demagogischen Leiter erstieg, als er erklärte, "bag wir nicht länger bulden, daß hunderttausende hungern."

Wenn wir nun hier für einmal es unternommen haben, Herrn Dr. Oprecht und einen wesentlichen Flügel der von ihm in letzter Linie eben doch umworbenen Gewerkschaften gegenüberzustellen, so soll es allein deshalb gesichehen sein, um festzustellen, daß wesentliche Teile unserer Arbeiterschaft eben ganz offensichtlich den Dingen gegenüber eine andere Einstellung haben, als Herr Oprecht. Nichts wäre nun bürgerlicherseits versehlter, als diese erfreuliche Tatsache irgendwie in politisch etaktischem Sinne aus

nüten zu wollen. Nicht darum kann es sich handeln — es sollte nur gezeigt werden, daß es auch anders geht. Im Interesse des Lansdes, in seiner so ernsten Lage, ist dies erfreulich; im Interesse des Landes wäre es freilich noch weit erfreulicher, wenn sich gelegentlich selbst Herr Nationalrat Oprecht entschließen könnte, den Schritt zu tun, den das Bolk in letzter Linie von ihm an so verantwortlicher Stelle erwartet: die Bersständigung mit den Gewerkschaft aften, die er so lebhaft anrust, im Sinne einer — wenn auch vorerst natürlich nur leichten — eigenen Annäherung an die Gedankengänge jener starken Arsbeiterverbände zu vollziehen, die zugleich zu eigenem Nuten wie im Interesse des Landes zu handeln wissen.

* *

Was aber schließlich an den Gesamtausführungen des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am meisten befremdet, das scheint uns seine Einstellung zu Dingen zu sein, die sich in dem Bereiche unserer Außenpolitik bewegen:

"Als freie Arbeiterbewegung, die für die Außenpolitik unseres Landes nicht verantwortlich ist, bekämpft die SPS mit allen Mitteln Faschismus und Nationalsozialismus als ihr (sic!) Feind No. 1."

Dann anderseits immerhin:

"Wir haben aber als schweizerische Sozialisten uns weber mit der russischen Außenpolitik noch mit der anglosächsischen Außenpolitik zu identissieren.

Aber:

"Unser Standpunkt ist der der sozialistischen Arbeiterschaft."

Wie wirken doch diese Töne so vertraut! Vertraut freilich wie aus längst vergangener Zeit. Es ist nämlich die alte Leier, die, staubig wie sie ist, aus dem Museum fast vergessener Tage hervorgeholt wird. Allein so wollen wir denn, gegenüber dem Kerngehalt dieser Ausführungen — "unser Standpunkt ist der der sozialistischen Arbeiterschaft" -, einmal wieder feststellen: wenn Gines in diesen Zeiten höchster Fluktuation jest schon unerschütterlich dasteht, ist es die Erkenntnis, daß der alte Sozialismus internationaler und marxistischer Prägung nach diesem Kriege bestimmt nicht wieder erstehen wird. Er kann schon beshalb nicht wieder erstehen, weil er diesmal — im Gegensatz zum letzten Weltkrieg — nicht einmal erst im Ariege selbst völlig versagt hat, sondern schon vor Beginn des Arieges tat= sächlich hundertprozentig zusammengebrochen ist. Darf man herrn Oprecht vielleicht an einige Namen erinnern? Wo sind die Stampfer, Wels und Breitscheid, wo die Abler und Renner, wo enblich die Blum und Jouhaux, wo der "cycliste" Sa=

lengro und herr Mary Dormon geblieben? Alle miteinander haben sie jämmerlich versagt. Vor herrn Schuschnigg und herrn Fen haben sie weiche Anie bekommen, vor dem Nationalsozialis= mus sind sie völlig dahingesunken, und Frankreich ist, zwar nicht allein durch ihre Schuld, aber unter ihrem wesentlichen Mitverschulben, ganglich zusammengebrochen. Einer freilich ift noch übrig geblieben: Berr Oprecht, ber "olle, ehrliche Marrift". Bährend überall, vor allem, beiläufig, in den besetzten Gebieten Europas, die Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in geichlossener Reihe steht, teils um die nationale Freiheit wieder zu erkämpfen, wo sie verloren ging, teils um den Rrieg im Interesse der Freiheit der Entwicklung des eigenen Landes zu gewinnen — so bei den Engländern beispielsweise -, mährend gerade das Proletariat Ruglands ein taum ju übertreffendes Befenntnis jum eigenen Baterland, ein nationales heldentum sondergleichen erweist - inbessen unternimmt es herr Oprecht, unserer Arbeiterschaft wieder bie ausgefahrenen Beleise ber margistischen Internationale, die längst tein anderer mehr benutt, als den ein= zigen Weg in die Zukunft dringend anzuempfehlen. Nun möchten wir zwar sehr bezweifeln, ob unsere Arbeiterschaft, nach den Erfahrungen, die sie und die anderen "Arbeiter aller Länder" mit der "Zweiten Internationale" gemacht haben, noch große Luft verspürt, ben so gründlich entgleisten Bug erneut zu besteigen. Die Außenpolitik unseres Landes aber wird von unserem ganzen Bolke getragen, weil sie die Politik ber Unabhängigkeit bes Landes ist, also auch von der Arbeiterschaft - baran burfte, trot herrn Oprecht, wohl kaum ein Zweifel bestehen. Allein es erscheint nun im höch ften Brabe bedenklich, daß heute, ba die Bukunft bes Landes vielleicht in kurzer Frist vor die schwerfte Probe gestellt wird, gemäß dem Willen bes Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Arbeiterschaft als für die Außenpolitik unseres Landes nicht verantwortlich erflärt werben barf.

Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß solche Dinge beispielsweise im Herbst 1939 hätten gesagt ober geschrieben werden können. Damit aber ist bereits das Wesentsliche sestgelegt. Tatsächlich scheint man hier und dort zunehmend der Ansicht zu sein, die Schweiz sei nun außer Gesahr, und man glaubt deshalb, sich allerhand erlauben zu können, was damals unmöglich gewesen wäre — damals, als der Ernst der Stunde allen, wirklich allen, bewußt war. Schon sieht man sich "über dem Berg". Man rüstet zum innerpolitischen Kamps. Und es eilt offenbar. "Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß mit der Burgfriedenspolitik Schluß gemacht werden muß", sagt herr Nationalrat Schneider. Die "Berner Tagwacht" aber

erklärt — ebenso unverständlich wie von wenig Berantwortung getrübt — unter ber Schlagzeile "Sowjetrußlanb":

"Die Republik der Sowjets ist jene lang gesuchte und endlich gesundene politische Form, in deren Rahmen die ökonomische Besteiung des Proletariats, der vollskändige Sieg des Sozialismus vollsbracht werden muß. Die Pariser Rommune war der Reim dieser Form. Die Sowjetmacht ist ihre Entwicklung und Vollendung."

Wie sagte boch herr Oprecht?

...,als freie Arbeiterbewegung, die für die Außenpolitik unseres Lanbes nicht verantwortlich ift ...",

* *

Es ist wohl kaum als ein Ausdruck allzu großer Skepsis zu werten, wenn man sich zu der überzeugung bekennt, daß wir auf diese Art und Beise nicht weiter kommen. Soll unser Land vor ber Neuordnung Europas bestehen, so dürfte dies wohl in erster Linie als eine Frage der Nationalen Disziplin betrachtet werden. Nun ist es aber zum mindesten zweifelhaft, ob wir diese zwingende Voraus= setzung unseres Bestandes nicht von vornherein mit bedenklich negativen Vorzeichen versehen dadurch, daß der eine oder der andere unter uns, an den nicht immer restlos überzeugenden Ergebnissen der schweizerischen Volksgemeinschaft verzweifelnd, diese unter Zuhilfenahme ausländischer Perspektiven zu kurieren trachtet. Nicht daß wir da= mit jemals behaupten wollten, das Seil unserer Zukunft wäre gewisser= maßen in einer geistigen und moralischen schweizerischen Autartie be= schlossen! Im Gegenteil; gestehen wir doch offen, daß uns die bisherigen Ergebnisse der uns durch die Umstände, zwar zwingend, aufgenötigten tulturellen Autartie nicht gerade mit besonderer Be= friedigung erfüllen können. Allein nicht darum geht es hier. Es ist uns auch keineswegs unbekannt, daß die Schweiz sich niemals ben großen geistigen Strömungen wird verschließen bürfen, die dannzumal ihre weiten Kreise über Europa und die Welt erneut ziehen werden, wenn einmal die Schrecken dieser Jahre verblagt sind und eine gütige Vorsehung auch die letten Wunden hat vernarben lassen. Allein gerade das fest nun eben voraus, dag wir nicht gegenüber Unfertigem, jedenfalls aber Rriegsbedingtem, eine voreilige Aufnahmebereitschaft proklamieren, und uns damit für später die notwendige geistige Bewegungsfreiheit selbst verbauen. Seute jedenfalls tonnen wir hinschauen wo wir wollen - "hinschauen" ohne uns "hinjuneigen!" —: etwas wirklich Geftes, Stabiles, etwas, bas fich im Ernste, nicht nur mit Worten, bor der Zukunft gegenüber allen Bolkern feierlich in diesem ober jenem Sinne verpflichten wollte — wir suchten es vergeblich. Dagegen treffen wir — und gerade unweit des Bereiches der

Seite, welcher die "Berner Tagwacht" ihr Herz zugewendet hat — geslegentlich doch auf arge Mißtöne, die uns allein schon in die größte Zurückhaltung verweisen müssen. So befaßte sich der inzwischen aus dem britischen Kriegskabinett ausgeschiedene — vielsleicht auch deshalb ausgeschiedene? — Sir Stafford Cripps, der sich immer mehr zum britischen "enfant terrible" entwickeln will, unlängst mit dem Problem Deutschland im Falle eines alliierten Sieges und erläuterte einen Vorschlag, wonach alsdann die deutsche Industrie auf die Nachsbargebiete des Reiches zu verlagern wäre. Wörtlich führte er aus:

"Wenn ich diesen Gedanken erörtere, dann halte ich es für unbedingt notwendig, daß bei einem solchen Kurs die Nachbarn Deutschlands keine kleinen unabhängigen Einheiten sein dürfen, sondern starke, eng miteinander zusammenhängende Gebilde darstellen müssen."

Ruhige und kritische Überlegung muß uns übrigens selbst schon ohne weiteres sagen: wir können lange suchen — heute werden wir zwar viele Zukunftsbilder, ein auch nur einigermaßen wirklich verläßeliches Bild der Zukunft jedoch nicht finden, weil es gar nicht vorhanden sein kann. Die Ariegführenden alle haben in diesen Tagen tatsächlich andere Sorgen; was sie uns heute vormalen, dient in erster Linie einmal dem Ariege. Wieweit es einst das Bild des Friedens sein wird, das muß sich erst noch herausstellen.

Je und je haben wir Schweizer es uns zugute gehalten, trot unserer unbestreitbaren Mängel, ein politisch reises Bolt zu sein. Uns schiene es nur solcher politischer Reise zu entsprechen, wenn wir in diesen sorgenvollen Tagen unsere innerpolitischen Kogensätze sehr bewußt noch eine Weile dort belassen wollten, wo wir es am 1. September 1939 begruben. Unsere Klingen haben wir zwar seitbem oft gekreuzt; allein trug nicht jener Kamps dann stets das Signum der Ausnahme, die rasch vorüberging und keine allzutiesen Narben beließ? Haben wir denn seitdem nicht jedesmal, da eine Auseinandersetzung unumgänglich wurde, doch stets vor dem temperierenden Hintergrund des Burgsriedens gekämpst? Soll es damit ein Ende haben?

Wir sind nicht dieser Meinung. Was dis heute schließlich boch möglich war, sollte gerade jett nicht ausgeschlossen bleiben: daß wir bestehende Mängel unserer Volksgemeinschaft in gemeinsamer Arbeit, über alle innerpolitischen Gegensätze hinweg — die als solche selbstverständlich bestehen bleiben und bestehen bleiben sollen, weil und soweit sie grundsätlich verschiedener Anschauung entspringen —, zu beheben suchen, wie es — nicht nur die von uns zitierten wenigen Zeugnisse aus gewerkschaftlichen Kreisen beweisen es, sondern auch noch viele andere — bis heute in verschiedenen Sektoren mit Ersolg getan worden ist. Der

Geist der "Friedensvereinbarung" vom 1. Juli 1937 soll uns hier Borbild und Ansporn sein!

* *

Gerade heute schiene uns das Aufreißen innerpolitischer Gegensäte zusem eine ganz besondere, eine sehr akute Gefahr in sich zu trasgen. Der Krieg beginnt sich — in seiner letten, schwerssten Phase — unserem Lande zu nähern. So wie er unsaushaltsam fortschreitet in seinem Berlauf, so wird er uns, wenn nicht alle Zeichen trügen, in kurzer Frist wohl vor ernsteste Probleme, vielleicht vor Probleme unserer Erhaltung, stellen. Denn irgendwann und irgendwo wird wohl die "Zweite Front" eines Tages auf den europäischen Kontinent herüberwechseln. Die Schweiz aber hütet eine Schlüsselstung dieses Kontinents. Die Pässe der Alpen sind in unserem Besitz. Es ist ausgeschlossen, in diesem Ausgenblick den innerpolitischen Kampf zu entsesseln.

Und auch ein weiteres:

Es sind Feinde am Werk. Man hat Verräter gesucht und man hat Verräter gefunden. Nun gibt es in jeder Volksgemeinschaft stets eins mal käufliche Subjekte, die das Vaterland für Geld verraten, und es wird immer wieder solche geben. Sie werden vom Volke ausgestoßen und unschädlich gemacht. Dann geht man zur Tagesordnung über. Allein wenn junges Schweizerblut fließt, das nicht hätte fließen müssen, dann ist es Zeit, daß die Gutgesinnsten alle zusammenstehen.

Junge Schweizer sind Opfer eigener ideologischer Verstrickung geworden. Die Fälle mehren sich, da sie sich in den Netzen der Spiosnage versingen. Sie wurden Verräter am eigenen Land. Da muß nun das Volk zum rechten sehen. Es nimmt den eisernen Besen zur Hand und schafft Ordnung. Aber es gibt schwachen Seelen gerade auch das Beispiel jener Haltung in der Disziplin, welche die Stunde erfordert. Es tut dies in allen seinen Teilen, indem es verzichtet auf das Spiel mit ideologischen Spekulationen, die nur Verwirrung schaffen — darauf bewußt verzichtet, bis wir wirklich über den Berg sind. Auch der Schweizer hat heute keine Zeit zum Träumen.

Wenn die Schweiz vor der Neuordnung Europas bestehen soll, dann muß sie erst dafür Sorge tragen, daß ihr in den kommenden Wochen und Monaten nichts geschieht. Vor den ernsten Ereignissen, die uns erswarten, muß ein in sich geschlossenes, ein einiges Volk stehen. Und wir alle, von der Linken bis zur Rechten, sollen uns jetzt die Hände reichen; wir müssen Ordnung schaffen, das mit wir in wirklich geschlossener Front den kommens den Dingen zu begegnen wissen.

Denn in diesen kommenden Entwicklungen wird die Neutralität der Schweiz ihre Probe zu bestehen haben. Sie wird sich bewähren müssen, wenn auf dem historischen Boden Europas die Schlacht um die "Zweite Front" geschlagen wird. So muß denn unser aller Denken und Handeln heute allein der Sicherung unserer Unabhängigsteit, der strikten Bewahrung unserer Neutralität vor der letzten Schlacht dieses Krieges und in dieser Schlacht gewidmet sein.

Die Sicherung unserer Neutralität ist zugleich die Sicherung unserer nationalen Disziplin. Jene wird bedingt durch diese. Wenn wir alle uns des Ernstes der Lage klar bewußt sind, so ergeben sich die Folgerungen von selbst.

Sie fpielen auf bem äußeren und auf bem inneren Seftor. Maßhalten in den äußeren Bereichen muß heute, wenn je einmal, unsere Parole sein. Die Bölker Europas und der Welt find im Begriffe, zu ihrem ich werften Rampfe angutreten. Wie von selbst ergibt sich aus diesem Umstand auch die Pflicht des Reutralen. Der Solidarität auf unserer inneren Front muß bie Solidarität nach Außen entsprechen. "Solidarität bes Schweigen 3" - so nannte es fürzlich eine Zeitung. Und mit Recht: bort, wo wir nichts zu suchen und nichts breinzureden haben, ziemt uns. gerade heute, äußerste Burüdhaltung. Bielleicht mare es gar nicht vom übel, wenn wir diese Zuruckhaltung in manchen Bezirken noch angemessen verstärten wollten. Damit vergeben wir uns nämlich nicht bas Beringste; wir bienen bamit nur bem Land, beffen Stellung, unter dem Ginfluß ber jungsten Entwicklungen, immer schwieriger wird. Und dieser ernsten äußeren Entwicklung entsprechend, mag es uns zumal heute mehr noch als bisher geziemen, auf Parteinahme, auch indirekte, zu verzichten. Wir wissen wohl alle, was gemeint ift. Allein wir opfern damit nicht das geringste Interesse unseres Landes im Gegenteil: wir ft üten fo, im Bege eines freiwilligen Bergichtes, die Neutralitätspolitik des Bundesrates. Auch können wir damit vielleicht einen kleinen ausgleichenden Beitrag leiften gegenüber den ungeheuren Opfern, welche die andern Bölker bem Kriege, Tag um Tag, zu bringen haben — Opfer, die uns auch heute noch wesentlich erspart bleiben. Es wäre das nur der Tribut des Kleinen, den die Vorsehung von diesen Opfern verschont hat. Wir wollen uns also nicht einmischen in die Belange ber andern.

Aber die andern sollen sich auch nicht in unsere Belange einmischen. Wir möchten hier gar nicht mißverstanden werben: Der "Solidarität des Schweigens", nach außen geübt aus freiem Entschluß, entspricht die "Solidarität des Handelns" in unseren eigenen Belangen; hier wollen wir Herr und Meister bleiben, weil wir hier Herr und Meister bleiben müssen, im Interesse ber Zukunft unseres Landes sowohl wie im Interesse einer geschlossenen Haltung unserer inneren Front. Gewahrt werden muß vorab die freie Entscheidungsbefugnis unseres Bolkes über Dinge, die sich innerhalb der Grenzen unseres Landes abspielen; gewahrt werden müssen aber auch die Rechte und die Ansprüche, die uns als einem souveränen Staate zustehen. Gewahrt werden aber muß vorallem unser Recht, auf dem eigenen Boden Ordnung zuschaffen, wo Ordnung geschaffen werden muß.

Als wir in den Jahren 1919, 1920, 1921, 1922 die armen Opfer der Kriegsfolgen, Opfer der Inflation, die armen öfterreichischen und beutschen Rinder bei uns aufnahmen, um so wenigstens einen kleinen Beitrag zu leisten, damit das Elend nicht zu groß werde, konnten wir vielleicht doch einige dieser unschuldigen Opfer vor dem Hunger bewahren. Wenn wir heute bas gleiche zu tun versuchen, um einige ber armen, verfolgten Menschen — und wenn es gleich Juden sind — vor Elend und Berzweiflung, vor Verderben und Tod zu behüten — so fragen wir niemanden darnach, sowenig wie wir in dem anderen Falle jemanden des= wegen um die Erlaubnis gefragt haben. Wenn wir im Namen der Mensch= lichkeit zu handeln versuchen inmitten all' dieses Elends, so handeln wir zugleich im Namen unseres eigenen Rechts als freies Bolk, und wir brauchen uns bessen weber zu schämen, noch gar uns bafür zu entschulbigen, bag auf Schweizerboden jene einzige Menschlichkeit geübt wird, die diesen Namen verdient, da sie die Binde der Gerechtigkeit sich um bie Augen legte. Bon unserem Standpunkt aus gesehen kann es sich hier niemals handeln um eine Grundsatfrage — benn für uns ist ber Grundsat klar - sondern höchstens um eine Frage des praktischen Ermessens, beffen Spannweite zu bestimmen in den Händen der verantwortlichen Männer des Bundeshauses liegt.

Allein es stellen sich in diesen Tagen Grundsatztragen in einer anderen Richtung, und hier freilich ist der Grad des Ermessens von dem Grade der Gefährdung diktiert. Die Häufung landesverräterischer Verbrechen zwingt zum Handeln. Die Solidarität des Handelnstritt hier, auf unserem ganz eigenen Boden, wo niemand uns etwas dreinzureden hat, in ihre Rechte.

Bielleicht hat unsere Demokratie im Laufe einer jüngeren Entwicklung den Fehler begangen, daß sie sich zu sehr in weltweite Zusammenhänge verlor und dabei das Eigene vernachlässigte. Wenn einzelne Bereiche unseres Volkes sich für eine "Volksfront" zu begeistern vermochten, und dabei den eigenen, gegenüber Jdealisierungen stets kargen Boden unserer kleinen, aber eben bodenständigen schweizerischen Demokratie zu vergessen drohten, so sind andere dem Nationalsozialismus nachgelaufen. Solange dieses sich zu Friedenszeiten und auf dem rein theoretischen Boden interessanter staatspolitischer Diskussionen vollzog, war weder gegen das eine noch gegen das andere Bemühen viel einzuwenden: was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Die "Volksfront" der Jahre

um 1936 und folgende ist inzwischen längst zu nichts zerslossen und bereits fast vergessen sind die Zeiten jenes politischen Mischmasches, von dem harm-lose Schweizerseelen sich eine Erneuerung des Weltbildes versprachen. Ihre schweizerischen Anbeter sind, vielleicht von einigen wenigen Ausnahmen kommunistischer Observanz abgesehen, inzwischen auch geistig wieder zu den heimischen Penaten zurückgekehrt und leisten treu ihren Dienst für das Vaterland. Der Nationalsozialismus aber hat beinahe den Kontinent erobert.

Und nun sehen wir uns heute der Tatsache gegenüber, daß eine erschreckend große Zahl junger Menschen — freilich nicht alle der Berurteilsten — irgendwie aus ideologischen Motiven zu Verbrechern geworden sind. Und wenn wir uns überlegen, woher das kommt, so scheint uns dies weniger der Existenz der oder jener "Bünde" oder "Bewegungen" zugeschrieben werden zu sollen, als unserer eigenen Lässische it. Nicht einer Lässischen werden, als unserer eigenen Lässischen manche Organisationen verboten worden — ebensoviele aber wieder aufgestanden; und was Verbote gegebenenfalls für Folgen haben können, das hat sich beispielsweise erst wieder erwiesen bei den Großrats= wahlen des Kantons Genf.

Bielleicht haben wir zuviel von der Demokratie geredet und zu wenig gehandelt. In seinem ausgezeichneten Referat vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Genf vom 27. September 1942*) hat Herr Nationals rat Feldmann das Wort gebraucht, daß wir mit der "müden Defensicher nirgends hin kämen. So ist es. Unter nicht wenigen wegen landesverräterischer Verbrechen Verurteilten, die in Strasanstalten die Vollstreckung des Urteils auf sich zu nehmen haben, geht heute noch die Auffassung um, daß ihr Delikt eigentlich nicht mit "gewöhnlichen" Maßstäben gemessen werden könne und dürse, daß es gewissermaßen "accisdentell" und die Strase demnach durchaus temporärer Natur sei. Von ihnen rechnen viele mit irgend einer früheren oder späteren "Er lösun g", also Befreiung. Das kann nicht weiter verwundern, wenn man weiß, daß einzelne Landesverräter direkt prämiert worden sind.

Es besteht, so weiß man, ein "Bund der Schweizer in Groß= beutschland e. B." — also als Berein, der im Bereinsregister einge-tragen ist —, dessen monatliche "Rundschreiben" in jeder Nummer den Tatbestand des Hoch verrats gegenüber der Eidgenos=senschen schweizer führende erfüllen. In den Reihen dieses Bundes nehmen Schweizer führende Stellen ein, die in der Schweiz wegen landes ver-räterischer Berbrechen rechtskräftig zu Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, nachdem sie flüchtig waren.

^{*) &}quot;Zur Lage ber Schweiz an ber Schwelle bes vierten Kriegswinters"; als Broschüre erschienen im Berlag Paul Haupt, Bern.

Allein auch auf unserem schweizerischem Boden geschehen Dinge, die nicht mehr geschehen sollten. Abgesehen davon, daß wir zusehen, wie unser Land mit antide mokratischer Propagandalektüre direkt überschwemmt wird, konnte es beispielsweise geschehen, daß auf einer Großveranstaltung einer ausländischen Organisation auf Schweizerboden der aus dem Ausland hergereiste Redner des Abends die klassischen Worte aussprechen durfte:

"Die Demokratie ist keine Devise mehr, die für denkende Menschen und denkende Bölker irgendeinen Wert hat."

Tropdem ist später dieser selben Organisation erneut eine Gropveranstalstung bewilligt worden.

So etwas spricht sich natürlich herum.

Daß aber solche Dinge — es sind ja nur wenige Einzelbeispiele, die wir anführen — Schwächezust ande unserer Demokratie offensbaren, welche die Gefahr in sich tragen, daß dadurch dem Landesverrat hingeneigte Menschen in die Versuchung kommen könnten, sich des Bewußtsseins ruhigen Geborgenseins zu versichern, dürfte wohl unbestreitbar sein; es ist deshalb unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein solcher Eindruck — wenn er bestanden haben sollte — nicht mehr weiter bestehen kann.

Hier ist die Sphäre, wo die Solidarität des Hans belns einzugreisen hat. So sehr wir uns der Einmischung in äußere Geschehnisse enthalten sollen — wenn sie uns auch oftmals stark bewegen mögen —, so haben wir ganz einfach das Recht, ja die Pflicht, in gewissen Dingen nun einmal Ordnung zu machen. So wäre es beispielsweise an der Zeit, gelegentlich mit den Brüdern und Schwestern von der fünsten Kolonne gründlich aufzuräumen, und zwar gleich gültig, wie sie sich taren en mögen.

Auch vom propagandistischen Gesichtspunkt ließe sich noch viel mehr leisten; oft scheint es, als scheuten wir uns, vor unserem Volke, in Presse und Rundspruch, zu den unvergänglichen Wersten zu stehen, die eine freiheitliche Demokratie dem Menschen zu schenken vermag. Man soll in diesen Dingen nur nicht so ängstelich seine; schließlich wäre das keine "Einmischung in fremde Angelegensheiten". Gerade auch durch das Mittel des Rundsunks dürste sich noch sehr viel erreichen lassen; nur zu oft stellt sich die Empfindung ein, daß wir uns auf diesem Gebiete eine große propagandistische Wirkung infolge nicht genügender Ausnützung entgehen lassen, die dieser Errungenschaft, bei richtigem Gebrauche, innewohnt. Man halte sich hier getrost an gewisse ausländische Muster; sie sind uns weit überlegen.

Mit Erstaunen und Entrüstung hat der Schweizer nach den ersten Todes= urteilen erfahren müssen, daß es Leute gab, die, dazu noch mit schlecht ver= hüllten Drohungen, öffentlich die Begnadigung der Verräter vertraten. In diesem Sinne ichrieb, zu wiederholten Malen, die "Front". Wir waren bisher noch immer der Meinung, daß die Leute von der "Front". ob sie gleich ideologisch nach unserer Auffassung bedenklich auf Abwege geraten sind, doch jederzeit zu ihrem Schweizertum ftehen wurden. Allein die Verteidigung der Verräter in dem Blatt der Organisation ließ schließlich nur zwei Möglichkeiten offen: entweder haben die betreffenden Redattoren damals, als sie so schrieben, die wirklichen hintergründe dieser Berbrechen nicht gekannt — bann hätten sie das Schreiben darüber eben bleiben lassen sollen (ein Journalist, der nicht einiges mehr weiß, als er seinen Lefern sagen barf, hat seinen Beruf verfehlt); tannten sie aber bie tatfächlichen Hintergründe und den Charakter der Delikte im Einzelnen, und schrieben fie tropbem in diesem Sinne - bann, freilich, wäre weiter nichts mehr dazu zu sagen. Was aber das Volk betrifft: es wußte, daß unter den Verrätern leider tatfächlich militante Frontisten waren; und da hat es nun erwartet, daß eben gerade jest, eben gerade deshalb die herren von der "Front" sich eine Ehre daraus machen würden, aufzustehen und zu erklären: wenn diese Leute tatsächlich das getan haben — und nach der Aktenlage war es ja so — bann sind wir die ersten, die das Exekutionspeloton fordern ... Sie haben es nicht getan; im Volke aber — die Frontisten sollen ruhig einmal herumhorchen — sagt man sich: es war also auch diesmal wieber nichts.

* *

Auch heute noch möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß gewisse versührte oder unsicher gewordene Elemente sich durch die tötliche Reaktion, zu der sich der Staat, zu der sich das Bolk gegenüber den Berbrechern entschlossen hat, wieder auf den Weg der Bernunft und des Gewissens zurücksühren lassen, ehe es zu spät ist.

Wir andern alle aber müssen in diesen so ernsten Zeiten zusammenstehen, den innerpolitischen Kamps bewußt beiseite lassen und uns zu einer festen, unserschütterlichen Front vor dem Schicksal des Baterslandes zusammenschließen.

(10. Dezember 1942.)